



„Ich denke, es ist Zeit, daran zu erinnern:  
Die Vision des Feminismus ist nicht  
eine ‚weibliche Zukunft‘.  
Es ist eine menschliche Zukunft.  
Ohne Rollenzwänge,  
ohne Macht- und Gewaltverhältnisse,  
ohne Männerbündelei und Weiblichkeitswahn.“

Johanna Dohnal

Frauenvolksbegehren 2.0 - Verein zur Neuauflage eines  
Frauenvolksbegehren in Österreich  
[www.frauenvolksbegehren.at](http://www.frauenvolksbegehren.at)

# PRÄAMBEL

Es ist Zeit!

Es ist Zeit, für uns, die Initiatorinnen des Frauen\*volksbegehrens, unsere Stimmen zu erheben!

Solidarisch mit Frauen\* auf der ganzen Welt, aller Kulturen und Religionen, unabhängig von jedweder sexuellen Orientierung, psychischen, geistigen und körperlichen Beeinträchtigungen sowie ihrem sozialen Status, wollen wir ein Zeichen setzen für eine menschliche Welt.

Es ist Zeit, sich solidarisch mit Frauen\* zu zeigen, die von Mehrfachdiskriminierung betroffen sind. Jeder Mensch hat das Recht frei und unversehrt zu leben. Wir wollen füreinander eintreten.

Es ist Zeit, sich von Rollenklischees und Geschlechterstereotypen zu lösen. Selbstbestimmt wollen wir entscheiden, wie wir leben und wen wir lieben, frei von Verboten und Grenzen.

Es ist Zeit, sich nicht länger in den Hintergrund drängen zu lassen. Wir fordern jene Räume und Positionen ein, die wir uns selbst wählen. Egal, ob am Bau, im Parlament, am Herd oder mit einem Pinsel in der Hand.

Es ist Zeit, zu fordern. Wir wollen politische, gesellschaftliche und ökonomische Teilhabe gemäß unseres Bevölkerungsanteils. Wir fordern kompromisslos Chancengleichheit für alle Mädchen\* und Frauen\*.

Es ist Zeit, aufzustehen. Wir wollen nicht mehr warten. Wir begehren Veränderung.

Jetzt.

Für unsere Großmütter\*, Mütter\*, für uns, unsere Kinder und Enkelkinder. Für alle.

Es ist Zeit.

## Die Initiatorinnen des Frauenvolksbegehrens 2.0

*Wir wissen, dass die Welt vielfältiger ist, als das binäre System es definiert, daher benutzen wir einen inklusiven Frauen\*begriff. Mit Frauen\* meinen wir daher Cis-Frauen, Trans-Frauen, nicht-binäre Frauen und Interpersonen.*

# **POLITISCHE TEILHABE & ÖFFENTLICHER RAUM**

Die Berücksichtigung unterschiedlicher Bedürfnisse und Lebensumstände sind zentrale Themen für eine alltags- und frauengerechte Teilhabe in der Politik, wie auch im öffentlichen Raum.

## **1. Mit dabei statt mit gemeint**

Wo politische Entscheidungen getroffen werden, müssen Frauen\* gleichermaßen an Entscheidungsprozessen beteiligt sein. Die Parteienförderung soll daher gestaffelt ausbezahlt werden, wobei der Höchstbetrag an die Beteiligung von 50 % Frauen\* in gewählten Positionen aller Gremien geknüpft wird. Gleiches soll auch für die Klubförderung gelten.

## **2. Frauen\* auf allen Ebenen**

Wir fordern eine 50-prozentige Frauen\*quote in Leitungsgremien staatlicher und börsennotierter Unternehmen und entsprechender Sanktionen bei Nicht-Einhaltung. Bei Nichtbeachtung oder Nichterfüllung der Geschlechterquote bei neu zu besetzenden Aufsichtsratsplätzen wird die Wahl aufgrund der Quotenwidrigkeit für nichtig erklärt und die Posten bleiben unbesetzt. Sollte demnach keine Frau\* nominiert werden, muss das Kontrollgremium verkleinert werden.

## **3. Raus aus der Rosa-Blau-Falle**

Wir fordern vielfältige Buben\*-, Mädchen\*- und Geschlechterbilder. Jedes Kind hat ein Recht auf Entfaltung der eigenen Potentiale, ohne konstruierte Geschlechterstereotypen.

Bildung und Lehrmaterialien auf allen Ebenen müssen frei sein von sexistischen und homofeindlichen Beispielen.

Pädagoginnen und Pädagogen in allen Einrichtungen benötigen für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen einen geschlechtersensiblen Blick, daher fordern wir eine Reformierung der pädagogischen Ausbildung im Sinne einer kritischen und queeren Pädagogik.

#### **4. Dabei von Anfang an**

Wir fordern durchgängige Angebote und einen niederschweligen Zugang zu Beratung, Kompetenzfeststellung und Kinderbetreuung für asylberechtigte Frauen\* und die Möglichkeit, schon während des Spracherwerbs einer Beschäftigung nachgehen zu können. Für die Verwirklichung dieses Prozesses sollten verschiedene Träger in der Flüchtlingsarbeit und andere relevante Akteure, wie etwa das AMS, zusammenarbeiten.

Frauen\* sollen vor allem über den Ablauf des Asylverfahrens und die Möglichkeit informiert werden, unabhängig von ihrem Ehemann einen Asylantrag stellen zu können.

#### **5. Wertgeschätzt statt plakatiert**

Um den öffentlichen Raum Frauen\* gegenüber wertschätzend zu gestalten und medial konstruierte Rollen- und Geschlechterbilder aufzubrechen, fordern wir ein Verbot sexualisierter Werbung ohne Produktbezug sowie von Produkten, Werbeinhalten und Marketingstrategien, die Mädchen\* oder Buben\* eine limitierende Geschlechterrolle zuweisen.

## **ARBEIT & WIRTSCHAFT**

**Von Frauen\* geleistete Arbeit bildet das Rückgrat unserer Gesellschaft, dennoch findet sie meist unbezahlt und unterbewertet statt. Wir stehen für eine grundlegende Neubewertung von Arbeit im privaten, öffentlichen und unternehmerischen Rahmen, sowie die damit einhergehende ökonomische Unabhängigkeit und soziale Absicherung aller Frauen\*.**

### **6. Mindestlohn ist das Mindeste**

Vom Gehalt sollen alle leben können. Daher fordern wir einen Mindestlohn von EUR 1.750,- brutto.

### **7. Umverteilt statt unbezahlt**

Aufgrund des hohen Frauen\*anteils bei Teilzeitbeschäftigung und zur gerechteren Aufteilung von unbezahlter Arbeit zwischen beiden Partner\_innen fordern wir eine Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche bei vollem Lohnausgleich.

### **8. Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit**

Die Einkommensschere muss durch Maßnahmen wie Einkommensberichte, die neue Kriterien und Standards enthalten, geschlossen werden. Darin sollen Prämien, Zulagen, Pauschalen, Überstunden, die Unterscheidung zwischen Teil- und Vollzeit und die prozentuale Angabe von Entgeltdifferenzen sichtbar gemacht werden.

## **9. Ökonomische Unabhängigkeit ist kein Luxus**

Die Höhe der Berechnung der Notstandshilfe und der Mindestsicherung der Länder erfolgt individuell. Das Einkommen der Partnerin oder des Partners darf nicht hinzugerechnet werden und darf den Anspruch daher nicht schmälern. Selbiges soll auch für die Ausgleichszulage der Pensionen gelten.

## **10. Menschliche Bedingungen für menschliche Pflege**

Wir fordern die Einstufung der 24-Stunden-Betreuung als unselbstständige Arbeit und damit die Anerkennung geltenden Arbeits- und Sozialrechts, wie etwa eine Bezahlung nach geltendem Kollektivvertrag für Pflege- und Betreuungskräfte, Arbeitnehmer\_innenschutz und gewerkschaftliche Interessenvertretung.

## **FAMILIE & GESUNDHEIT**

**Frauen\* sind oft durch Betreuungstätigkeiten, Beruf, Verhütung und Haushalt mehrfach belastet. Das müssen wir ändern: Die Verantwortung für die nächste Generation übernehmen wir gleichberechtigt und solidarisch.**

## **11. Jedes Kind hat seinen Platz**

Jedes Kind hat nach Ablauf der Mutterschutzfrist einen Rechtsanspruch auf kostenlose, flächendeckende, qualitativ hochwertige Betreuung, in dem benötigten zeitlichen Ausmaß.

## **12. Selbstständig durch die Karenz**

Um erfolgreiches Unternehmer\_innentum zu fördern und adäquat auf Herausforderungen hinsichtlich Vereinbarkeit für Personen in Selbstständigkeit zu reagieren, fordern wir eine Aussetzung der SVA Pflichtversicherungsbeiträge für alle Selbstständigen, die Kinderbetreuungsgeld beziehen. Eine überinstitutionelle Beratungsstelle soll Informationen und unterschiedliche Modelle gebündelt zur Verfügung stellen, um eine optimale Vereinbarkeit zu garantieren.

## **13. Gleiches Recht für alle Kinder**

Um der hohen Armutgefährdung bei Alleinerzieherinnen und ihren Kindern entgegenzuwirken besteht der Anspruch auf den Unterhaltsvorschuss besteht in der Höhe der Regelbedarfssätze und wird an die Dauer des Bezugs von Familienbeihilfe bei sofortiger Streichung der § UVG 16 und § UVG 19 gekoppelt.

## **14. Selbstbestimmt statt fremdgesteuert**

Für Mädchen\* und Frauen\* soll bundesweit eine kostenlose, anonyme Beratung sowie ein kostenloser, anonymen Zugang zu Verhütungsmitteln, Schwangerschaftstests und zu rechtlich zulässigem Schwangerschaftsabbruch ermöglicht werden. Der Zugang soll an zumindest einer öffentlichen Krankenanstalt pro Bundesland und bei Frauenärztinnen und Frauenärzten möglich sein.

## **15. Sicher leben – sicher wohnen**

Gewaltschutzzentren und Frauen\*häuser sollen bundesweit ausgebaut und deren staatliche Finanzierung für Gewaltprävention jährlich auf EUR 210 Millionen erhöht werden, um der bereits ratifizierten Istanbul Konvention zu entsprechen. Der Zugang zu Frauen\*häusern für asylsuchende Frauen\* und Frauen\* mit prekärem Aufenthaltsstatus soll sichergestellt werden.